

Offener Brief - Öffentliche Aufklärung tut Not

Offener Brief – Öffentliche Aufklärung tut Not

30.Juli 2007

Sehr geehrter Herr Bischof Feige,

es ist gut ein Jahr her, dass die Verbrennung des Tagebuchs der Anne Frank im Rahmen einer Sonnenwendfeier für Bestürzung gesorgt hat. Wir alle waren entsetzt, weil wir eine derart weitgehende Verankerung rechtsextremer Einstellungen und eine Unkultur des Wegsehens nicht für möglich gehalten hätten.

Leider sind die Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Hass gegen Andersdenkende immer noch aktuell. Die Wahlerfolge der NPD bei den Kommunalwahlen zeigen dies ebenso wie die aktuellen Vorkommnisse in Halberstadt, wo Rechtsextremisten die Mitglieder eines Theaterensembles verprügelten und die Polizei in der Verfolgung der Straftäter auf ganzer Linie versagte.

Angesichts dieser Vorfälle ist es ein wichtiges und viel beachtetes Zeichen, dass die Kirchen in Sachsen-Anhalt in einem gemeinsamen Wort ihrer Besorgnis über die Fehlentwicklungen Ausdruck gegeben haben und die Gläubigen ermutigt haben, sich aktiv gegen Rechtsextremismus einzubringen. Soll ein solcher Appell jedoch nicht als politische Rhetorik eingestuft werden - soll ihm Gewicht und Glaubwürdigkeit gegeben werden, gehört die Glaubwürdigkeit des eigenen Handelns zwingend dazu.

An vielen Orten im Land sind Christen und Christinnen bereits heute für ein demokratisches Miteinander aktiv. Viele von ihnen sind in lokalen Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit engagiert oder haben diese gegründet, beispielsweise der Wernigeröder Pfarrer im Ruhestand, Peter Lehmann. Vielerorts sind es die Kirchen, die Bürgerbündnissen und Runden Tischen gegen Rechtsextremismus ihre Infrastruktur bereitstellen und aktiv an deren Ausgestaltung mitwirken, so z.B. in Merseburg, wo die Superintendentin Annette-Christine Lenk in dieser Hinsicht Hervorragendes leistet.

Wir freuen uns über die deutlichen Worte der Kirche, die alle bestärken, denen ein weltoffenes, tolerantes und demokratisches Sachsen-Anhalt am Herzen liegt. Vor genau diesem Hintergrund aber bitten wir Sie, die Vorfälle um das Zustandekommen des Mietvertrags mit dem Betreiber des "Narvik" in der Grünen Zitadelle Magdeburgs, in dessen Räumen u.a. rechtsextreme Devotionalia der Marke "Thor Steinar" vertrieben werden, für die Öffentlichkeit wahrnehmbar zu klären und die Auseinandersetzung mit den Verantwortlichen transparent zu machen. Nur so kann dem Eindruck begegnet werden, man stuft den Vorfall als "verzeihliche Panne" ein.

Mit freundlichen Grüßen

Undine Kurth, MdB
(Landesvorsitzende)
Landesvorstand,
für Demokratie und Grundrechte)

Sebastian Striegel
(Mitglied im

Sprecher

[Gemeinsames Kirchenwort zu Rechtsextremismus 2007 \(.pdf Download\)](#)